



**Protokoll der 5. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 23. Oktober 2019, 18:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni

**Namensaufruf:** 34 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderätin Julia Bünter, Gemeinderat Christoph Keller, Gemeinderat Michael Pöll, Gemeinderat Andres Storrer, Gemeinderat Christoph Tschanen, Gemeinderat Lorenz Weber

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretär**  
**Stv:** Aurelia Brenner

- - -

**Traktanden**

- 25 Mitteilungen
- 26 Protokoll der Sitzung vom 18. September 2019
- 27 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023 (Nachfolge von Davia Breitenmoser, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 28 Alterszentrum Park, Bewilligung eines Kredits von 965'000 Franken zur Erneuerung und Erweiterung der Physiotherapieräume  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 29 Überführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 30 Baukredit für die Sanierung der Zivilschutzanlage Neuhauserstrasse (Bruttokredit 1'270'500 Franken - Nettokredit 271'500 Franken)  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Wir alle waren schockiert, als wir aus den Medien vom Brand bei unserem Stadtrat Andreas Elliker gehört haben. Solche tragischen Ereignisse zeigen auch immer wieder die grosse Solidarität in unserer Bevölkerung. Es war für Andreas eine grosse Stütze, dass er den Rückhalt spüren durfte, und ich bin sicher, ein Kämpfer wie unser Stadtrat Andreas Elliker wird aus dieser Tragödie gestärkt hervorgehen. Andreas, wir wünschen dir alles Gute und viel Energie für die bevorstehende Zeit.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass Herbert Vetter bis auf Weiteres krankheitshalber ausfällt. Ich wünsche ihm an dieser Stelle gute Besserung und hoffe, dass er bald wieder bei uns ist. Aurelia Brenner wird ihn in dieser Zeit im Rat vertreten.

In der Rubrik "Bevorstehende Vereinsereignisse" möchte ich heute im Namen unseres Stadtpräsidenten Anders Stokholm nach der heutigen Sitzung um 20.30 Uhr an das Spiel des SC Frauenfeld einladen. Er wird allen Gemeinderäten, welche den Weg in die Rüegerholzhalle finden, ein Bier oder Mineralwasser spendieren. Ich werde da sein, falls unsere Sitzung den Zeitrahmen nicht sprengt. Vielen Dank für diese Einladung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 33 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Andres Storrer und Gemeinderat Lorenz Weber ist die Wahl eines Stimmzählers für die heutige Sitzung notwendig.

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Namens der SVP/EDU-Fraktion schlage ich Ihnen Gemeinderat Romeo Küng für das Ratsbüro für die heutige Sitzung vor. Besten Dank für Ihre wohlwollende Genehmigung.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Unsere Fraktion schlägt Ihnen Gemeinderätin Irina Meyer als ausserordentliches Gemeinderatsbüromitglied vor.

### **Abstimmung**

Gemeinderätin Irina Meyer und Gemeinderat Romeo Küng werden einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimmen für die heutige Sitzung als Stimmzähler gewählt.

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** An dieser Stelle ein kurzer Hinweis, dass Sie sich bitte jeweils bei mir oder meiner Ratssekretärin abmelden, falls Sie nicht an die Gemeinderatssitzung kommen. Vielen Dank.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Art. 23 B der Gemeindeordnung zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

25

**MITTEILUNGEN****Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):**

1. Am 17. September wurde dem Gemeinderat die Botschaft Nr. 6 "Antrag betreffend Weiterführung der aufsuchenden Elternarbeit durch Dritte" zugestellt.
2. Mit Beschluss Nr. 237 wurde am 15. Oktober 2019 die einfache Anfrage von Gemeinderätin Christa Zahnd und Gemeinderat Christoph Keller betreffend "Vereinsjugendarbeit" beantwortet.
3. Die Referendumsfrist zum versuchsweisen Ausbau der Stadtbuslinie 5 vom Bahnhof zur Walzmühle und Angebotsausbau zwischen Bahnhof und der Haltestelle Langfeldkreisel vom Dezember 2019 bis Dezember 2023 ist am 7. Oktober 2019 ungenutzt verstrichen.
4. Die Gemeinderätinnen Salome Scheiben, Priska Brenner, Sandra Kern und Félicie Haueter haben eine einfache Anfrage mit dem Titel "Kinder auf der schwarzen Liste" eingereicht.
5. Auf Ihren Tischen finden Sie eine Infobroschüre zum 100-jährigen Jubiläum der Erwachsenenbildung in Frauenfeld.

Gibt es irgendwelche weitere Interpellationen oder einfache Anfragen? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

26

**PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 18. SEPTEMBER 2019**

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Das Protokoll der 4. Sitzung des Gemeinderats wurde am 1. Oktober 2019 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, den 18. September 2019 gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei der Ratssekretärin und dem Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

27

**ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023, (NACHFOLGE VON DAVIA BREITENMOSER)**

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Mit ihrem Schreiben an den Stadtrat vom 21. August 2019 gab Frau Davia Breitenmoser ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro bekannt. Die Fraktion CH/Grüne/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin von Frau Breitenmoser für ein Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislaturperiode.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Wir schlagen Ihnen Frau Laura Breitenmoser, Jahrgang 1999, Studentin zur Wahl vor.

**Abstimmung**

Laura Breitenmoser wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

28

## **ALTERSZENTRUM PARK, BEWILLIGUNG EINES KREDITS VON 965'000 FRANKEN ZUR ERNEUERUNG UND ERWEITERUNG DER PHYSIOTHERAPIERÄUME**

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Mit Botschaft Nr. 4 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 20. August 2019 hat der Stadtrat uns die Vorlage für die Bewilligung eines Kredits von 965'000 Franken für die Erneuerung und Erweiterung der Physiotherapieräume im Alterszentrum Park vorgelegt. Nach der Eintretensdebatte folgt die Detailberatung. Abschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Das Eintreten war in der Geschäftsprüfungskommission unbestritten. Wir empfehlen daher das Eintreten ins Geschäft.

Eintreten ist unbestritten.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Einleitend darf ich sagen, dass denjenigen Geschäftsprüfungskommissionsmitgliedern, die länger dabei sind, das Geschäft nicht neu war. Schon vor vier Jahren, als wir durch das Alterszentrum geführt wurden, wurde uns gesagt, dass das Betreiben des Bads eine defizitäre Angelegenheit ist und spätestens bei der Sanierungsbedürftigkeit eine andere Lösung gefunden werden muss. Darum waren wir nicht überrascht, als das Thema in der Botschaft auf dem Tisch lag. In der Sitzung wurden uns drei Hauptgründe dargelegt: Die hohen Kosten, bei denen man häufig ansetzt, jetzt im Moment 30'000 Franken jährlich und nach der Sanierung würde es ein Vielfaches werden, was den weiteren Betrieb nicht sinnvoll macht. Zweitens sind das Bad und die Physiotherapieräume so, wie sie jetzt sind, nicht zeitgemäss. Diese Verknüpfung zwischen Bad und Physio bedingt, dass die Leute in der Physio die Aufsicht über das Bad haben, was eigentlich nicht sein kann. Gleichzeitig ist die Umkleidekabine absolut unzeitgemäss und auch die Physio ist sehr ringhörig, es gibt kaum Privatsphäre. Es sind enge Platzverhältnisse und das Ganze ist einfach wirklich ein unhaltbarer Zustand, wie es jetzt ist. Drittens können wir den energetischen Zustand so nicht mehr weiter verantworten. Es muss unbedingt etwas gemacht werden. In der Botschaft wie auch in der Sitzung wurde dies alles deutlich aufgezeigt.

Die Sanierung wird aber nicht nur mit negativen Faktoren begründet, sondern sie bringt auch grosse Vorteile und viele Möglichkeiten und Chancen, gerade auch für die Bewohnerinnen und Bewohner des Alterszentrums Park. Dieser Umbau ermöglicht den Betrieb einer zeitgemässen Physiotherapie. Gerade in der heutigen Zeit, wo Prävention so wichtig ist, gerade auch im Bereich der Mobilität, wo es wichtig ist, die Leute zu behandeln, zu begleiten, damit sie im Alter mobil bleiben, in Sachen Beweglichkeit, Kraft und Ausdauer bieten die grösseren Räume und auch die grössere Anzahl der Räume ganz grosse Chancen für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für externe Benutzer und Benutzerinnen der Physiotherapie. Diese Erweiterung ist darum sehr im Sinn des Alterszentrums Park, damit den Bewohnerinnen und Bewohnern eine gute, zeitgemässe Physiotherapie im Haus angeboten werden kann. Es wurde uns auch erklärt, dass die Physiotherapie bereit ist, die Leute auch auf den Wohngruppen abzuholen oder auch dahin zu gehen. Dieses Miteinander ist wirklich ein wichtiges Produkt, ein wichtiger Vorteil für das Alterszentrum Park, den wir von der GPK sehr begrüssen und auch unterstützen möchten.

Eine weitere Chance ist, dass diese Physio auch die Möglichkeit zur Reha im Alterszentrum Park erweitert. Das ist ein Teil, der im Moment immer grösser wird, dass nämlich Leute sehr früh aus dem Krankenhaus entlassen werden, aber noch nicht nachhause und diese Zeit im Alterszentrum Park überbrücken können. Gerade in dieser Zeit ist es unabdingbar, dass sie gut in einer Physio begleitet werden.

Es ist ein gutes Projekt, davon ist unsere GPK überzeugt. Fragen kamen zu den Kosten, vor allem ob die Pensionspreise steigen, wenn man so viel investiert. Uns wurde versichert und das steht auch so in der Botschaft, dass die Kosten vom Alterszentrum Park getragen werden können. Es werden keine Steuergelder eingesetzt und es wird auch keine Erhöhung der Pensionspreise aufgrund dieses Umbaus geben. In Zukunft wird es die Rechnung pro Jahr mit ungefähr 18'000 Franken belasten, was deutlich weniger ist als beim jetzigen Zustand.

Es wurde auch gefragt, wie das mit den Mieten ist, weil ja steht, dass den Mietern gekündigt wurde. Damit man einen neuen Vertrag machen kann, wurde gekündigt, aber man ist im Gespräch und dieselbe Physio wird wieder als Mieter einen neuen Vertrag erhalten zu den neuen Konditionen.

Eine weitere Frage war, dass in der Botschaft steht, dass den intern wohnenden Patientinnen und Patienten in der Physio ein Vorzug gegeben werden soll, eben auch damit sie die Physio im Haus benutzen können und nicht nach extern gehen müssen. Da wurde uns gesagt, dass das auch bisher so gehandhabt wurde und dass das nie ein Problem war.

Es kam noch eine Frage zu den Zahlen, wie viele externe und wie viele interne Patienten die Physio denn habe. Das wurde weitergegeben. Wenn ich die Mails richtig gelesen habe, konnte uns das nicht bekanntgegeben werden, weil das interne Zahlen der Physio sind. Die Physio ist nicht verpflichtet, Zahlen abzuliefern. Da kann man nur nachfragen und bitten, aber die Zahlen bleiben in der Physio.

Eine Frage kam noch zu den Plänen, wo denn die Pläne sind. Da ist es klar, die Leute, die die Botschaft elektronisch haben, haben die Pläne gefunden. Wer die Variante auf Papier gut durchgelesen hat, hat bemerkt, dass dort steht, dass die Pläne in der elektronischen Variante zu finden sind. Und da sind sie wirklich detailliert. Wer sich das noch genauer anschauen möchte, soll die elektronische Variante anschauen.

Das Projekt, man hört es mir vermutlich an, ist auf viel Goodwill in unserer GPK gestossen. Wir haben es einstimmig gutgeheissen und bitten Sie, uns das nachzutun und dem Projekt zuzustimmen.

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Ich begrüsse den unterdessen eingetroffenen Gemeinderat Stefan Vontobel. Wir sind nun 34 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt nun neu 18.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Die Botschaft eines Kredits von 965'000 Franken zur Erneuerung und Erweiterung der Physiotherapie im Alterszentrum Park wurde in unserer Fraktion eingehend besprochen. Für die ausführliche Botschaft mit ihren Beilagen, die eine Sanierung der Räumlichkeiten aufschlussreich darstellen, möchten wir uns bei der verantwortlichen Stadträtin und dem Leiter des Alterszentrums Park herzlich bedanken.

Die Überlegungen, die in diesem Zusammenhang mit einer Umnutzung gemacht wurden, sind plausibel und können nachvollzogen werden. Dennoch blieben für uns ein paar wenige Fragen offen, die sich in der Zwischenzeit haben klären lassen. Unter der Rubrik "Baulicher Zustand" wird erwähnt, dass ab 2028, also nur gut acht Jahre nach der umfassenden Sanierung im Zusammenhang mit der entsprechenden Objektstrategie eine strategische Planung angestossen werden soll, damit u.a. auch im Haus Ergaten ein grosses Instandsetzungs- und ggf. auch Erneuerungsvorhaben umgesetzt werden kann, also das Haus Ergaten, wo jetzt die Umbauarbeiten stattfinden. Unsere Frage dazu, ob diesem Umstand bei der geplanten Sanierung Rechnung getragen worden sei, wurde bejaht, da der geplante Ausbau sowie dessen Nutzung einem sinnvollen Angebot des AZP entspreche. Man könne sogar sagen, dass mit der Erweiterung des Angebots bereits ein erster Schritt der anstehenden Strategieplanung erfüllt sei. Dennoch meinen wir, es hätte sicherlich Sinn gemacht, erst eine Gesamtstrategie zu besitzen, bevor Einzelmassnahmen durchgeführt werden, auch wenn wir durchaus verstehen, dass die Sanierung und Umnutzung nicht mehr Jahre auf sich warten lassen können.

Weiter sind wir über den Begriff Mieterausbau gestolpert respektive über die Aussage, dass zwei Drittel der Umbaukosten für den Mieterausbau verantwortlich seien und auf den Mietzins umgelegt werden können. Der Mieterausbau nämlich wäre Mietersache und von diesem ganz allein zu tragen. An dieser Stelle sind die wertvermehrenden Investitionen gemeint. Und hier interessiert, ob tatsächlich wertvermehrende Investitionen in diesem Ausmass geplant sind oder ob es sich teilweise um Instandhaltungsmassnahmen handelt, die eben nicht auf den Mietzins umgelegt werden können. Gemäss Aussage der Stadträtin handelt es sich hier um eine grundlegende Sanierung des Gebäudeinnern. Es ist richtig, so können im Sinn eines Gesamtpakets bis zu 70 % der Kosten via Zins auf die Mieter überwältigt werden. Dann sind wir davon ausgegangen, dass wie in der Praxis Usus der so berechnete Anteil zum neu auszuhandelnden Mietzins hinzukommt. Dies wird jedoch von Stadträtin Aepli verneint mit der Begründung einer marktgerechten Miete einer Physiotherapie an dieser Lage, in dieser Grösse und in dieser Ausstattung, wobei die Ausstattung ja Mietersache wäre. Das AZP müsse zur Kostendeckung der getätigten Investitionen einfach mindestens eine Miete in dieser Höhe haben, ein marktgerechter Mietzins werde aber noch ausgehandelt, wobei sich unseres Erachtens am Schluss der effektive Mietzins eben doch so zusammensetzt. Eine Miete in dieser Höhe entspricht gemäss Aufstellung dem umgelagerten Teil der wertvermehrenden Investitionen, und hier dürfte ja vermutlich noch eine Miete dazukommen, auch wenn diese dann tiefgehalten wird. Zur Lage ist noch anzumerken, dass diese viel besser eigentlich nicht sein könnte, liegt doch die Nachfrage sozusagen vor der Haustür. Wir wollten wissen, ob die Physiotherapie neu ausgeschrieben worden sei, sodass sich auch andere Mitstreiter hätten bewerben können. Auch diese Frage wird mit nein beantwortet. Offenbar habe die ehemalige Physiotherapeutin Gabriela Brun ab ca. 2013 eine Nachfolge gesucht, was sich bedingt durch erschwerte Umstände wie veraltete Räumlichkeiten und Übernahme von Personal als nicht ganz einfach herausstellte. Der Mietvertrag mit der neuen Praxis Physiotherapie Zum Park GmbH läuft nun seit dem 1. Januar 2015. Das AZP sieht somit keinen Anlass, heute, nur vier Jahre später, die Physiotherapieräume neu auszuschreiben, zumal die Stilllegung des Bads und die dadurch nötigen Umbauten auf Wunsch des AZP erfolgten. An dieser Stelle möchten wir uns beim Leiter des AZP und der zuständigen Stadträtin Elsbeth Aepli für die umgehende Beantwortung unserer Fragen bedanken, dies obschon beide in den Ferien weilten. Wie eingangs erwähnt, sind die Beweggründe für eine Sanierung und die nachfolgende Umnutzung der Räumlichkeiten plausibel. Unsere Fraktion unterstützt dieses Vorhaben und stimmt dem Kredit von 965'000 Franken für die Erneuerung und Erweiterung der Physiotherapieräume des Alterszentrums Park einstimmig zu.

**Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** In unserer Fraktion waren wir uns schnell einig. Die gut begründete und ausführliche Botschaft betreffend die Bewilligung eines Kredits von 965'000 Franken für die Erneuerung und Erweiterung der Physiotherapieräume des AZP hat uns den Entscheid leichtgemacht. Die Aufhebung des Therapiebads im AZP ist für uns gut nachvollziehbar und finanzpolitisch richtig. Wir möchten aber klar festhalten, die Bewohner und Bewohnerinnen des AZP sind auf ein Therapiebad angewiesen, das diesen Namen auch verdient. Das heisst, es muss möglichst gut erreichbar sein und die Wassertemperatur muss stimmen. Dies darf in der jetzigen Projektphase des Hallenbads nicht vergessen werden. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass mit den neuen Therapieräumen, welche die Privatsphäre besser wahren, den Bewohnern und Bewohnerinnen des AZP und auch anderen Patienten und Patientinnen eine gute therapeutische Dienstleistung geboten werden kann. Unsere Fraktion unterstützt einstimmig die Bewilligung des Kredits.

**Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Die Mitglieder der Fraktion FDP haben die Botschaft des Stadtrats für die Bewilligung des Kredits von 965'000 Franken zur Erneuerung und Erweiterung der Physiotherapieräume des Alterszentrums Park eingehend diskutiert. Wir stellen fest, dass das Therapiebad im Haus Ergaten sanierungsbedürftig und bezüglich vorhandener Infrastruktur veraltet ist. Trotz der integrierten externen Physiotherapiepraxis ist die Auslastung des Bads gering. Eine Sanierung des Bads macht für uns aus verschiedenen Gründen keinen Sinn. Die Platzverhältnisse lassen einen sinnvollen Ausbau nicht zu, eine rein interne Nutzung des Bads steht aus Kostengründen nicht zur Diskussion, zudem ist eine Nutzung ohne eine angegliederte Physiotherapie ohnehin nicht rentabel. Auch die Räumlichkeiten der Physiotherapiepraxis sind nicht mehr zeitgemäss und sind sanierungsbedürftig. Bei der Behandlung von Patienten muss die Intimsphäre der Kunden gewährt werden, was aber aufgrund der fehlenden geschlossenen Behandlungsräume zurzeit nicht möglich ist. Die Physiotherapiepraxis als Mieterin der Räumlichkeiten muss aus wirtschaftlichen und Wettbewerbsgründen marktübliche Räumlichkeiten anbieten können. Auch wenn die Zusammenarbeit mit dem AZP für sie sicher nicht ein Nachteil ist – sie haben auch sicherlich einen guten Kundestamm –, müssen sie sich doch dem Wettbewerb stellen. Ohne eine entsprechende Sanierung wäre es eine Frage der Zeit, bis die Praxis sich nach geeigneteren Räumlichkeiten umsieht. Die Stadt würde dadurch fixe und beständige Mieteinnahmen verlieren. Darum befürwortet die FDP die Schliessung des Bads und die Umnutzung der Räumlichkeiten.

Die Mobilisation der Bewohner des AZP ist ein wichtiges Thema. Ein Bad, das den Anforderungen für ein altersgerechtes Wassertraining erfüllt, ist kostspielig und vermag nur einen kleinen Teil des gewünschten Mobilisationstrainings abzudecken. Hinzu kommt, dass bei einer Sanierung die Infrastruktur der Physiotherapiepraxis nicht verbessert werden kann. Durch die Umnutzung des Bads kann die Infrastruktur für die Mieterin und für das AZP verbessert werden. Ältere Bürgerinnen und Bürger, die in der Mobilität eingeschränkt sind, können in einer Physiotherapiepraxis bzw. in deren Räumlichkeiten gezielt trainieren. Da geht es in erster Linie um das Gleichgewichtsgefühl und um die Bewegungskoordination im Alter. Auch eine spezifische Kräftigung der Muskulatur gehört dazu. Dies kann in diesen Räumlichkeiten gezielt trainiert werden. Davon können alle Bewohnerinnen und Bewohner des AZP profitieren. Und nicht zuletzt wäre eine fachkundige Praxis in den gleichen Räumlichkeiten vorhanden. Eine Ablehnung des Kredits bedeutet die Schliessung und mittelfristig auch den Verlust von Mieteinnahmen, da die Räumlichkeiten nicht mehr zweckmässig sind. Die Fraktion FDP stimmt dem Antrag des Stadtrats für den Kredit einstimmig zu.

**Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Den Umbau und die Erweiterung der Physiotherapieräume erachtet unsere Fraktion als sinnvoll. Auch

begrüssen wir, dass durch den geplanten Bau die Pensionspreise nicht steigen und erkennen die neue Form der Therapien. Die geplanten Kosten für die Erneuerung und Erweiterung der Physiotherapieräume betrachten wir als sehr hoch und erwarten einen tieferen Abschluss. Unsere Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats einstimmig.

**Gemeinderätin Renate Luginbühl (EVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Botschaft. Diese zeigt die Geschichte des Therapiebads im Detail auf. Unsere Fraktion hat das Geschäft aktiv diskutiert und war sich einig, dass die Vorlage in die richtige Richtung geht.

Es macht Sinn, das Bad nicht zu sanieren und stattdessen die Physiotherapieräume zu erweitern. Einerseits sprechen die Kosten klar gegen eine Sanierung, sie ist nicht wirtschaftlich. Andererseits muss berücksichtigt werden, dass sich die Therapieformen und -bedürfnisse verändert haben. Wenn seit Jahren weniger als 5 % der Bewohnerschaft des Alterszentrums Park vom Therapiebad Gebrauch machen, kann dieser Raum besser genutzt werden. Durch die Schliessung des Therapiebads entsteht genügend Platz für eine zeitgemässe Physiotherapie. Ein entsprechendes Nutzungskonzept wurde nun gemeinsam mit dem AZP und der Physiotherapie Zum Park erarbeitet. So soll es dank den neu entstehenden Räumen möglich sein, gut abgestimmte Angebote an Bewegungs-, Aktivierungs- und Präventionsprogrammen anbieten zu können. Für die Bewohnenden ist es vorteilhaft, die Physio mit einer breiten Auswahl solcher Angebote vor Ort zu haben. Es wäre zudem möglich, noch weitere Therapien anbieten zu können. Nachfrage nach mehr und spezifischen physiotherapeutischen Behandlungen ist vorhanden. Die Physiotherapie ist ein selbstständiger Zweig, nebst den Bewohnenden des Alterszentrums werden auch externe Kunden behandelt. Dass vertraglich festgehalten wird, dass die Bewohnenden prioritär einen Therapieplatz erhalten, ist wichtig. Ebenfalls wichtig ist, dass sich die Kosten für diese Personen nicht erhöhen. Der neue Mietvertrag wird zumindest sicherstellen, dass der auf den Mieterausbau umlegbare Anteil finanziert ist. Die Umbaukosten werden die Rechnung des Alterszentrums Park jährlich mit ca. 18'000 Franken belasten, was weniger ist als bis anhin. Dass im Rahmen dieses Umbaus auch die energetischen Massnahmen umgesetzt werden, wird sehr begrüsst. Die CVP/EVP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag geschlossen zu.

**Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP):** Besten Dank für die verschiedenen Voten, aus denen ich eine sehr grosse Zustimmung zu diesem Geschäft entnehme. Ich möchte noch eine Ergänzung machen zum Votum des GPK-Sprechers. Offensichtlich war mein Mail vom 4. Oktober unklar. Ich habe, meine ich, dort geschrieben, dass 35-40 % aller Kunden interne Kunden sind. Das andere sind externe Kunden der Physiotherapie. Diese Auskunft haben wir erhalten.

Zum Thema selber: Die Schliessung dieses kleinen Therapiebads tut uns irgendwie allen weh, aber Kosten-Nutzen-Überlegungen haben halt keine andere Lösung zugelassen. Ich bin einfach froh, dass die verschiedenen externen Nutzer – interne gab es ja praktisch keine mehr – Lösungen gefunden haben. Auch das Babyschwimmen lag mir immer am Herzen, denn das war wirklich etwas Schönes. Alt und Jung im gleichen Ort, die haben jetzt im städtischen Hallenbad eine Zwischenlösung gefunden. Zwischenlösung in dem Sinn, dass ja in unserem Hallenbad auch mal ein Unterbruch kommt. Aber mindestens werden die Kurse dort weitergeführt.

Die Physiotherapie Zum Park mit ihren sechs Therapeutinnen und Therapeuten erbringen für unsere Bewohner wirklich eine grosse Leistung, und das ist ja das Matchentscheidende. Die Bewohner finanzieren ja über die Heimtaxen letztlich den Umbau, und da wollen sie dann auch entsprechend gute Leistungen von der Physiotherapie haben. Es ist eine Physiotherapiepraxis mit einem bewussten Fokus und entsprechenden Fachkenntnissen im Bereich aktive Rehabilitation,



Orthopädie etc. Ausgerichtet namentlich auf die Mobilisation von älteren Menschen. Dank diesen Räumlichkeiten, sie machen das auch jetzt schon, Sie können das auf der Homepage nachschauen, machen sie dann vermehrt auch Gruppenkurse generell für Seniorinnen und Senioren. Das freut mich natürlich aus Sicht des Departements Gesundheitsförderung und Prävention. Solche Kurse wie Ausdauergruppe oder Sicher gehen, Kraftgruppe machen sie jetzt in anderen Räumlichkeiten. Ich denke, das Ziel von uns allen sind möglichst fitte Senioren, nicht nur von älteren Menschen, sondern auch von uns Jüngeren mit Blick auf Krankheitskosten.

Ich bin überzeugt, Ihnen ist bewusst und Sie haben das auch mehrfach gesagt, diese 965'000 Franken werden vom Alterszentrum Park aus den Tarifeinnahmen letztlich von den Bewohnern bezahlt. Medien und Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie mögen sich bewusst sein, das sind nicht Steuergelder, das wird selber finanziert. Ich danke für die Zustimmung.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

29

## **ÜBERFÜHRUNG DER FACHSTELLE ALTERS- UND GENERATIONENFRAGEN IN DEN REGELBETRIEB EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Mit Botschaft Nr. 5 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 20. August 2019 hat der Stadtrat uns die Vorlage zur Überführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb vorgelegt. Nach der Eintretensdebatte folgt die Detailberatung. Abschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Wir kommen nun zum Eintreten.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Das Eintreten auf das Geschäft zur Botschaft Nr. 5 vom 20. August 2019 zur Überführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb war in unserer GPK unbestritten.

Eintreten ist unbestritten.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Im Mai 2019 fand eine GPK-Sitzung noch in alter Zusammensetzung statt. Dort wurde der Evaluationsbericht des fünfeinhalbjährigen Versuchsbetriebs der Fachstelle Alters- und Generationenfragen besprochen. Die vielfältigen Aufgaben und der Nutzen dieser Fachstelle sind in diesem Bericht beschrieben und waren unbestritten. Die damalige Rückmeldung der GPK-Mitglieder zum Evaluationsbericht waren positiv, jedoch mit einem klaren Auftrag, eine Botschaft zu erarbeiten, um die Fachstelle auf 50 Stellenprozente zu fixieren. Diese Stellenprozente gaben in der GPK-Sitzung vom 17. September 2019 Anlass zu einer kurzen Diskussion. Die Frage, ob diese 50 Stellenprozente ausreichen, wurde bejaht und auch die Öffnungszeiten der Fachstelle seien gut eruiert und passend zurzeit. Vertreter einer Fraktion wiesen darauf hin, dass es ihnen ein wichtiges Anliegen sei, dass diese 50 Stellenprozente fix bleiben. Die Frage, warum diese Stellenprozente nicht im Antrag der Botschaft festgeschrieben wurden,

wurde dahingehend beantwortet, dass der Gemeinderat für das Budget, jedoch nicht für die Genehmigung des Stellenplans zuständig sei.

Weiter wurde thematisiert, dass Gemeinden in der gleichen Grösse in unserer Region wie zum Beispiel Weinfelden, Rapperswil, Wil, Schaffhausen ähnliche Fachstellen und Drehscheiben betreiben. Ebenso wurde das Risiko eines Ausfalls oder einer Kündigung der derzeitigen Fachstelleninhaberin besprochen. Die zuständige Stadträtin betonte, dass die Arbeiten dieser Mitarbeiterin sehr gut dokumentiert seien.

Schlussendlich stimmte unsere GPK dem Antrag des Stadtrats zur Überführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb mit 5 Ja bei 2 Enthaltungen deutlich zu.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Auch hier gilt wieder einmal: Vorsorgen ist besser als Heulen. Dies kann auch auf die Fachstelle angewendet werden, genauso wie in vielen anderen Bereichen der städtischen Sozialarbeit im weitesten Sinn. Wenn wir erreichen, dass die Einwohner/innen von den Jüngsten bis zu den Ältesten wissen, wo und wie sie Hilfe in ihren Lebenssituationen holen können, kann dies helfen, hohe Kosten zu vermeiden.

Bei der vorliegenden Botschaft geht es darum, die Koordination im Altersbereich sicherzustellen. Dies sind bekannte nationale Player, aber auch eher unbekannte lokale Anbieter. Durch diese Vernetzung entstehen Vertrauen und eine fruchtbare Zusammenarbeit, bei der wiederum Kosten oder Ressourcen in den einzelnen Institutionen gespart bzw. für weitere Projekte eingesetzt werden können. Im besten Fall ergibt sich daraus eine Potenzierung. Doch welche Vorteile ergeben sich für die Einwohner/innen? Wir gehen davon aus, dass die Triage hier am richtigen Ort gemacht wird, den Hilfesuchenden also die richtigen Partner zugewiesen werden und so die Leerläufe bei den Hilfesuchenden als auch bei den Institutionen vermieden werden können. Gerade wenn der Betreuungsaufwand zuhause schon gross ist, sind die persönlichen Ressourcen oft klein. Zu klein, um sich den richtigen Partner auszusuchen. Hier kann die Koordination auch helfen, dass die älteren Menschen länger zuhause leben können.

Die kostenlose Beratung stellt eine tiefe Hemmschwelle sicher. Nur so können auch die Personen erreicht werden, die auch im Alter jeden Rappen umdrehen müssen. Bei den Beratungen wird das Thema Geld sowieso vielfach angesprochen, wie auch in diesem Votum. Wir sind entsprechend der Meinung, dass das Geld hier gut eingesetzt ist und befürworten somit die Überführung in den Regelbetrieb. Hoffen wir, dass wir privat die Fachstelle möglichst lange noch nicht brauchen werden.

**Gemeinderätin Salome Scheiben (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Im Grossen und Ganzen sind wir grossmehrheitlich dafür, die Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb zu überführen. Auch danken wir dem Stadtrat und dem Amtsleiter Urban Kaiser für die ausführliche Botschaft inklusive Evaluationsbericht.

Aufgrund der demografischen Entwicklung erachten wir es als notwendig und sinnvoll, im Bereich Alter aktiv zu werden, und die Fachstelle der Stadt Frauenfeld ist ein hilfreiches Angebot. Beim Lesen der Botschaft kamen Fragen bezüglich des effektiven Mehrwerts der Fachstelle auf. Was leistet die Stelle, was die Pro Senectute nicht leisten kann? Nach Abklärungen mit der Pro Senectute Frauenfeld kamen wir zum Schluss, dass sich die beiden Stellen ergänzen. Des Weiteren sind die Menschen weniger gehemmt, eine neutrale Stelle der Stadt im Rathaus aufzusuchen. Auch spezifische Veranstaltungen wie den ITAM und verschiedene Netzwerktreffen erach-

ten wir als sinnvoll. Wir sind der Meinung, dass es die Aufgabe der Stadt ist, ein vielfältiges Angebot für die ältere Bevölkerung zur Verfügung zu stellen und die Leute zu informieren und zu vernetzen. Gerade auch weil die Pro Senectute nicht die Ressourcen hat, all das abzudecken. Es ist wichtig, dass sich die Leute unkompliziert verschiedene Informationen zum Thema Alter abholen können und einen Überblick über die vielfältigen Angebote und Institutionen erhalten. Somit stehen wir der Botschaft bzw. der Fachstelle also positiv gegenüber.

Trotzdem möchten wir dem Stadtrat gern noch einige für uns wichtige Punkte mit auf den Weg geben. Werden die 50 Stellenprozente auch künftig noch ausreichen? Wir möchten nicht in absehbarer Zeit die Stellenprozente erhöhen müssen. Wenn ein Testbetrieb gemacht wird, sollten Fragen und Ziele zu Beginn diskutiert und dann überprüft werden. Nicht einfach mal machen und dann werden die Ziele dementsprechend formuliert. Während des Versuchsbetriebs macht ein Inhalt-Monitoring aus finanzieller Sicht absolut Sinn. Bei Überführung eines Versuchsbetriebs in den Regelbetrieb wünschen wir künftig aber einen externen Evaluationsbericht. Wir hoffen, dass die Qualität der Fachstelle nicht mit der Person von Verena Rieser-Santo steht und fällt und die Fachstelle auch unabhängig von Frau Rieser gut weitergeführt werden könnte.

Zu diskutieren gab in der Fraktion die Frage der gesetzlichen Grundlage und damit eines allfälligen fakultativen Referendums. Den ins Auge gefassten entsprechenden Antrag zogen wir gestützt auf die Stellungnahme von Frau Stadträtin Elsbeth Aepli wieder zurück. Zwar ist Art. 2 der Gemeindeordnung unseres Erachtens keine genügende gesetzliche Grundlage, das ist lediglich ein allgemein formuliertes Ziel. Indessen können wir uns der Argumentation anschliessen, was das kantonale Gesundheitsgesetz als gesetzliche Grundlage angeht. Allerdings hätte das, was Frau Aepli im Nachhinein nach einem entsprechenden Vorstoss erklärte, in die Botschaft gehört. Wir erinnern den Stadtrat daran, dass er bei der Aufarbeitung des Wärme-Frauenfeld-AG-Debakels versprochen hat, bei allen Geschäften auf die gesetzlichen Grundlagen zu achten und diese darzulegen. Wir danken für die Kenntnisnahme unserer Ausführungen und sind somit für Annahme des Antrags.

**Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Ich zitiere sinngemäss – nicht wörtlich aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 20. September 2016: "Nein, wir brauchen keine Fachstelle für Alters- und Generationenfragen. / Das ist eine unnötige Geldverschwendung. / Dies sei ein reiner Wunschbedarf, eine Stelle, die Veranstaltungen und Events für Senioren organisiere. / Wir haben doch jetzt schon genügend Institutionen, an die sich die Einwohner wenden können." Gut, gab es im Gegenzug sehr viele überlegtere und wohlwollende Voten, sodass der Antrag für die Fortführung dieser Stelle bis zum 31. Dezember 2019 dannzumal bewilligt wurde.

Heute geht es jetzt um die Wurst. Wir haben zu entscheiden, ob die Fachstelle für Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb überführt werden soll. Unsere Fraktion sagt ganz klar ja. Die damalige Stellenbesetzung durch Verena Rieser war ein riesiger Glücksfall. Verena Rieser bringt etwas vom Wichtigsten mit, was es für diese Stelle braucht. Sie verfügt über eine hohe Sozialkompetenz, Fachwissen, einen hohen Einsatz wie auch Durchhaltewillen. Sie hat während der zweijährigen Pilotphase bis 2016 und dem provisorischen Betrieb bis zum heutigen Tag eine Toparbeit geleistet. Dank der zielgruppengerechten Aufbauarbeit ist die Fachstelle für Alters- und Generationenfragen heute bei den älteren Semestern der Stadt weitherum be- und anerkannt. Ich weiss, wovon ich rede. Warum? Weil ich mir in meiner Zeit als Gemeinderatspräsidentin unter anderem viel Zeit genommen habe, mich auch mit der älteren Bevölkerung auszutauschen. Nachvollziehbar, dass sich daraus ein intensiver Austausch mit der Fachstelle und Verena Rieser ergab. Ebenso ergab sich für mich daraus die gefestigte Erkenntnis, dass sich die Frage

nach Nachfrage und Notwendigkeit dieser Fachstelle gar nicht mehr stellt. Neben der telefonischen und persönlichen Schalterberatung wurden und werden verschiedene Angebote zu Projekten durch die Fachstelle sichergestellt. Beispielsweise die Informationsvermittlung zu vielen Themen wie Einsamkeit im Alter, sicheres Wohnen im Alter, Digitalisierung im Alter und so weiter. Weiter wurde zum Beispiel die Tischmesse zum Weltseniorentag ITAM durchgeführt, welche auf reges Interesse stiess. Weiter wurde in Zusammenarbeit mit der Fachkommission Alter ein Besuchsdienst ins Leben gerufen. Die Vernetzung mit lokalen, regionalen und überregionalen, thematisch verwandten Institutionen wurde einerseits aufgebaut und wird heute intensiv betrieben.

Zum Schluss möchte ich eine Aussage eines ehemaligen Gemeinderatskollegen zitieren. "Bei dieser demografischen Umschichtung gibt es eine grosse Gruppe von betagten Steuerzahlern. Im Sinne einer Generationengerechtigkeit soll ihr Geld nicht nur in Schulhausrenovationen und Strassen fliessen, sondern auch in die wichtige Beratung im Alter sowie in die Prävention von sozialer Isolation." Oder pointierter formuliert: Wenn der Gemeinderat heute diese Fachstelle versenkt, handelt er schlichtweg grobfahrlässig. Grobfahrlässig in dem Sinn, dass ein Entscheid getroffen würde, welcher der demografischen Entwicklung diametral gegenübersteht. Wer daran zweifelt, möge doch noch schnell Google fragen. Und sicher unnötig zu erwähnen, dass wir ab morgen den oben zitierten betagten Wählern in ihre grossen fragenden Augen schauen müssten. Die Fraktion CVP/EVP steht einstimmig hinter dem Antrag Überführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb.

**Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Unsere Fraktion steht dieser Fachstelle sehr kritisch gegenüber. Wir sehen ein, dass betroffene Personen in gewissen Situationen auf Hilfe angewiesen sind. Der Botschaft kann aber entnommen werden, dass die Beratungen gerade mal 6 % ausmachen, also im Schnitt eine Stunde in der Woche, was für uns eindeutig zu wenig ist. Dies könnte unserer Meinung nach auch mit den Öffnungszeiten zusammenhängen, welche zu prüfen sind. Vielmehr wird der Fokus auf die Vernetzung und Projekte gelegt. Für den Anfang war dies sicher gut, aber die Institutionen sollten diese Plattform mittlerweile auch selber nutzen können. Auch werden viele Projekte angestossen, von welchen die Nachhaltigkeit nicht oder noch nicht nachweisbar ist. Was ebenfalls ins Auge sticht und von vielen Seiten auch bestätigt wird, ist, dass das Funktionieren der Fachstelle mittlerweile sehr an die jetzige Stelleninhaberin gekoppelt ist. Wird die Fachstelle in den Regelbetrieb überführt, wird unsere Fraktion mit Argusaugen darauf achten, dass die Stellenprozente bei 50 % bleiben und nicht erhöht werden. Unsere Fraktion lehnt den Antrag des Stadtrats grossmehrheitlich ab.

**Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP:** Die Überführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb wurde in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Es wurde hinterfragt, ob dies Aufgabe der Stadt sei. Die ausgewiesenen Kontaktaufnahmen pro Jahr entsprechen weniger als einer Kontaktaufnahme pro Arbeitstag, und es gibt bereits unzählige Institutionen für die Unterstützung von älteren Menschen. Aber genau die letzte Aussage kann für ältere Personen und deren Angehörige zum Problem werden. Die Fachstelle kann beraten und genau an die richtigen Stellen verweisen. Auch für die Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind, macht eine zentrale Stelle Sinn. Durch die regelmässigen Netzwerktreffen ist den Organisationen bekannt, wer was anbietet und Doppelspurigkeiten können vermieden werden. Probleme können frühzeitig erkannt und Eskalationen verhindert werden. Generell möchten wir darauf hinweisen, dass Versuchsbetriebe die Gefahr beinhalten, dass eine Überführung in einen Regelbetrieb kaum mehr verhindert werden kann. Dem Gemeinderat sollte bewusst sein, dass die Bewilligung eines Versuchsbetriebs sehr

häufig auch eine endgültige Einführung darstellt. Die Fraktion FDP wird mehrheitlich für die Überführung der Fachstelle Alters- und Generationenfragen in den Regelbetrieb stimmen.

**Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP):** Ihre sehr verschiedenen Voten habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Fragen wurden ja keine gestellt, in dem Sinn muss ich auch keine Fragen beantworten. Ich denke einfach, es ist uns allen bekannt, die demografische Alterung und die damit verbundene erwartete Erhöhung des Pflegebedarfs ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Und auch im Thurgau gilt der Leitsatz ambulant vor stationär. Für das ganze Angebot ist die Gemeinde zuständig, also für die ambulanten und stationären Angebote. Das ist gemäss Thurgauer Gesundheitsgesetz, wie ich auf Anfrage seitens CH noch detaillierter ausführen konnte, und daraus folgt natürlich auch eine gewisse Gemeindeaufgabe, die älteren Menschen und ihre Angehörigen dahingehend zu unterstützen, dass sie eben möglichst lange zuhause bleiben können. Und da muss man halt als Gemeinde auch schauen, dass einerseits die Angebote vorhanden sind, aber dann auch, dass darüber informiert wird, dass das auch gescheit genutzt wird. Ich höre schon immer wieder, ja gut so wenige Beratungen. Für das lohnt sich eine Beratungsstelle fast nicht. So viele Vernetzungsprojekte. Aber das gehört halt alles irgendwie zusammen. Wenn man nicht vernetzt arbeitet, wenn man nicht Netzwerke pflegt und diese Netzwerke auch wieder einlädt und neue Netzwerke initiiert, fehlt einem der Hintergrund für die Beratung. Und viele Projekte oder auch Öffentlichkeitsarbeit ist irgendwie auch Beratung. Ich sehe das immer wieder bei Vorträgen vom Förderverein Tageszentrum Talbach. An die Vorträge kommen sehr viele Leute. Das sind Vorträge zum Thema Demenz. An die Vorträge kommt man, da ist man noch anonym und nach dem Vortrag kommen dann die Einzelgespräche, und für diese Gespräche macht man dann ja auch keine Striche. Ich glaube, es ist halt wie bei vielen Sachen, Öffentlichkeitsarbeit allgemein hat auch mit Beratung zu tun. Die Einzelberatung steht jedem niederschwellig und unentgeltlich zur Verfügung, wenn er diese dann braucht und auch wünscht.

Ich denke, für die Informationen über die ganzen Angebote in der Grösse der Stadt Frauenfeld ist eine Fachstelle wohl das Richtige. Ich habe das Protokoll von vor drei Jahren auch noch einmal gelesen und da habe ich nachgelesen, es wäre schön, wenn man den Nutzen in Franken und Rappen zeigen könnte. Mein Amtsleiter und ich haben uns einmal Gedanken gemacht, ob man das beziffern könnte. Klar, man könnte hier eine Studie machen und alle, die beraten worden sind fragen, was es bewirkt hat usw. Aber wenn man sich nur ein klein wenig überlegt, wenn nur zum Beispiel drei Personen dank Beratung oder dank Wissen über die verschiedenen Möglichkeiten sechs Monate später ins Pflegeheim eintreten, dann sind das nur für die Stadt Frauenfeld und den Kanton pro Monat 45'000 Franken weniger Restkosten, die der Kanton und die Stadt zahlen müssen. Oder wenn man eine etwas kostengünstigere Hilfe findet als die Spitex, also, wenn man durch Beratung merkt, man könnte bei Pro Senectute unterstützt werden, bspw. 20 Stunden pro Woche Alltagshilfen, kostet das die Stadt mit der neuen Leistungsvereinbarung pro Stunde 8 Franken. Drei Personen 20 Stunden im Monat kostet die Stadt 5'760 Franken, wenn es bei der Spitex ist 9'000 Franken. Klar, das ist auch ein anderes Angebot, aber manchmal ist das günstigere Angebot ja auch ausreichend. Was ich auch ganz wichtig finde, wenn man Angehörige gut unterstützen kann, dass sie in diesem Dschungel von Administrationen und Angeboten selber zurechtkommen und diese das dann selber weitermachen, bspw. nur die administrative Unterstützung ihrer Angehörigen selber machen und nicht ein Berufsbeistand beigezogen werden muss. Wenn man da nur 50 Stunden pro Jahr einsetzt, wären das pro Person 5'000 Franken pro Jahr, die die Stadt spart, also bei drei Personen, wo man wo man so eine Beistandschaft verhindern kann, sind das auch schon 15'000 Franken pro Jahr. Und auch die Netzwerkarbeit dient ja nicht nur zur Verbesserung der Beratung, sondern auch die Anbieter untereinander können natürlich auch etliche Leerläufe verhindern, sodass dort die Kosten sin-

ken. Dann gibt es im Ganzen einen überhaupt nicht in Franken quantifizierbaren Nutzen, wenn bspw. eine Tochter, die dank des rasch aufgebauten Helfernetzes mit der demenzkranken Mutter wieder mal einen Ausflug machen kann und sich nicht nur mit dem Bürokratismus beschäftigen muss. Aber wie gesagt, so richtig quantifizieren lässt sich dieser Nutzen vermutlich nicht, auch wenn man noch eine teure Studie machen würde.

Die Fachstelle wurde in Ihrem Rat vor drei Jahren zum letzten Mal diskutiert, und da hatten auch einige Gemeinderäte persönliche Erfahrungen geschildert, die haben heute gefehlt. Ist auch recht, wenn man das objektiver anschaut. Ich möchte nur Altgemeinderätin Eveline Buff von der GP zitieren, die mir damals so aus dem Herzen gesprochen hat. Sie hat gesagt: "Vor einigen Jahren hat eine Schwester für meinen damals dementen Vater alles Nötige organisiert und ich muss Ihnen sagen, sie ist von Pontius zu Pilatus geschickt worden, musste an x amtlichen Stellen vorstellig werden, bis endlich alles Nötige geregelt werden konnte. Beim anderen Elternteil habe ich mich an Verena Rieser gewandt und es war ein Lichtblick im ganzen Stress." Sie hat das Ganze quasi mit einem Hausarzt verglichen, der die Triage machen kann und an die Spezialisten verweist. In dem Sinn danke ich für die Unterstützung und sage all jene, die heute nicht ja sagen, wenn Sie früher oder später Beratung brauchen, sind auch Sie bei der Fachstelle herzlich willkommen.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird mit 26 Ja gegen 7 Nein bei 1 Enthaltung angenommen.

## **30**

### **BAUKREDIT FÜR DIE SANIERUNG DER ZIVILSCHUTZANLAGE NEUHAUSERSTRASSE (BRUTTOKREDIT 1'270'500 FRANKEN - NETTOKREDIT 271'500 FRANKEN) EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Mit Botschaft Nr. 3 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 6. August 2019 hat der Stadtrat uns die Vorlage vorgelegt. Nach der Eintretensdebatte folgt die Detailberatung. Abschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen.

**Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration empfiehlt einstimmig das Eintreten auf diese Botschaft

Eintreten ist unbestritten.

**Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Zuerst einige Korrekturen zur Botschaft:

Seite 4, 3. Absatz: Nach dem aktuellen Gebührentarif werden pro Übernachtung 5 Franken für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre und 10 Franken für Erwachsene verlangt. Diese Belegungsentschädigungen müssen nach der Sanierung eventuell erhöht werden, da ein höherer Qualitätsstandard erreicht wird. Diese würden dann den Preisen der Unterkunft Kurzdorf von 7.50 Franken resp. 15 Franken entsprechen.

Seite 4, letzter Absatz: Hier ist die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration der Meinung, dass der angegebene Zinssatz von 2.5 % zu niedrig angesetzt ist. Es wäre ein Zinssatz von 3-4 % angezeigt.

Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration hat die Botschaft detailliert behandelt. Es konnte in der Diskussion festgestellt werden, dass diese Sanierung sinnvoll und angebracht ist. Da das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Armee die Anlage von einer Schutzanlage zu einer Schutzbaute zurückgestuft hat, macht es Sinn, diese Anlage für Übernachtungsmöglichkeiten für Vereine und Organisationen vorzubereiten. Es ist richtig, die Gelegenheit zu nutzen, um neben den 400 öffentlichen Schutzplätzen auch 84 Plätze für die zivile Nutzung nach aktueller Gesetzgebung auszustatten. Der Standort eignet sich sehr gut und ergänzt das Angebot der Anlagen im Kurzdorf und an der Hummelstrasse räumlich sehr gut. Diese Anlagen konkurrenzieren die Herberge mit 40 Schlafplätzen im Riegerholz in keiner Weise, sondern ermöglichen ein kostengünstiges Angebot für grössere Gruppen. Die Mehrkosten gegenüber dem Betrag im Budget 2019 plus 80'000 Franken begründen sich mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und zum anderen wegen Mobiliar, dessen Anschaffung zuerst für die laufende Rechnung geplant gewesen sei, unter dem Motto Einheit der Materie aber auch in diesen Kredit müsse.

Dass für den Betrieb der Anlage für die Stadt jährliche Kosten von durchschnittlich 10'910 Franken entstehen, ohne Berücksichtigung allfälliger Einnahmen, ist vertretbar und versteht sich auch als Wertschätzung gegenüber der Arbeit von Vereinen und Institutionen.

Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration hat dem Antrag auf Seite 7 der Botschaft einstimmig zugestimmt. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Die Fraktion SVP/EDU hat die Botschaft detailliert besprochen und sich von den Geschäftsprüfungskommissionsmitgliedern informieren lassen. Es konnte in der Diskussion festgestellt werden, dass diese Sanierung sehr sinnvoll ist. Die Fraktion SVP/EDU begrüsst ausdrücklich, dass jetzt die Möglichkeit genutzt wird, damit diese Anlage durch die Stadt Frauenfeld weiterhin genutzt werden kann. Die Vereine und Organisationen sind an einem solchen Übernachtungsangebot sicher auch in Zukunft interessiert. Die Kosten sind vertretbar. Die Fraktion SVP/EDU wird der Botschaft einstimmig zustimmen.

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Die heutige Zivilschutzanlage an der Neuhauserstrasse, die sich im Eigentum der Stadt Frauenfeld befindet, mein Vorredner hat es bereits erwähnt, wird neu durch den Bund als Schutzbaute eingestuft. Der Bruttokredit von 1.19 Millionen Franken dient der Sanierung und Umwandlung in einen öffentlichen Schutzraum. Die anfallenden Kosten werden durch den Bund sowie den Kanton getragen. Die Sanierungskosten, die für die zivile Nutzung anfallen, insgesamt 271'500 Franken, sind durch die Stadt zu tragen. Die weiterhin vorgesehene zivile Nutzung der vorhandenen Schutzräume durch Vereine und andere Organisationen erachten wir als sehr sinnvoll. Würde sich die Stadt nicht an den Kosten beteiligen, könnte die Anlage nicht mehr durch zivile Zwecke genutzt werden. Dies wäre ein Wegfall von kostengünstigen Übernachtungsmöglichkeiten mit insgesamt 84 Plätzen. Die jährlich durchschnittlich anfallenden kalkulatorischen Mehrkosten von 10'910 Franken, gerechnet ohne Einnahmen aus den Übernachtungen, sind eine gute Investition für die Zukunft und für Frauenfeld ein Pluspunkt bei Anlässen. Die FDP unterstützt den Kredit und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Zuerst gilt es, die umfassende und lesenswerte Botschaft zu loben. Wir schätzen die Nachvollziehbarkeit, den Umfang und die klaren Positionen. Weiter so.

Mit den Ausführungen sind wir in der Fraktion einig. Es ist legitim, diese Investition zu tätigen und auch den zu erwartenden Nettoaufwand von vermutlich 2'000 Franken bis 3'000 Franken jährlich erachten wir als angebracht. Dies, da somit der Standort Frauenfeld eine Attraktivitätssteigerung erfährt und zudem auch, da wir die Unterstützung von Sport-, Musik- und Jugendlagern als unterstützenswert erachten. Wir möchten an dieser Stelle aber klarstellen und dem GPK-Sprecher beipflichten, dass hier erneut mit zu tiefem langfristigem Zins gerechnet wird. Dies ist unverantwortlich und spekulativ. Bereits im April 2018 wurde zum Thema Hallenbad/Variantenentscheid vom Stadtrat bestätigt, dass realistischer Weise eher mit 3-4 % zu kalkulieren sei. Und er hat versprochen, dies auch zu tun. Dem wurde hier erneut nicht nachgekommen.

Nun aber nochmals zurück zum Erfreulichen: Es ist toll, dass hier auch die Pro Infirmis einbezogen wurde und darauf geachtet wurde, eine hindernisfreie Anlage bereitzustellen. Wir haben uns jedoch gewundert, dass diese 40'500 Franken zu 100 % die Stadt trägt. Nach unserem Verständnis müsste auch der öffentliche Schutzraum hindernisfrei sein und sich daher auch der Kanton an diesen Kosten beteiligen oder diese gar übernehmen. Hier würden wir um eine Erläuterung des Stadtrats bitten. Unsere Fraktion wird den Antrag des Stadtrats unterstützen und den Kredit annehmen.

**Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP:** Die vorliegende Botschaft zur Sanierung der Zivilschutzanlage an der Neuhauserstrasse gab in unserer Fraktion wenig zu diskutieren. Es ist uns ein Anliegen, die Vereine zu unterstützen und ihnen eine zeitgemässe Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Anlage, wie sie aktuell besteht, ist dies nicht mehr, was sich an den rückläufigen Belegungszahlen deutlich zeigt. Frauenfeld soll attraktiv bleiben auch für Grossanlässe, und da erachten wir es als wichtig, günstige Übernachtungsmöglichkeiten anzubieten. In diesem Sinn stehen wir der in der GPK Finanzen und Administration diskutierten möglichen Preiserhöhung nach der Sanierung skeptisch gegenüber. Die für die Stadt geringen Mehreinnahmen würden unserer Meinung nach die Nachteile für die finanziell nicht immer auf Rosen gebetteten Vereine nicht aufwiegen. Wir plädieren deswegen dafür, die Preise auf dem aktuellen Niveau zu halten. Unsere Fraktion ist einstimmig für die vorgeschlagene Sanierung.

**Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Uns ist es sehr wichtig, dass bei den Kantisportanlagen und somit eigentlich auch nahe dem Hallenbad diese Übernachtungsmöglichkeit besteht. Dies insbesondere auch dafür, damit es für mehrtägige Trainingslager gute Bedingungen ohne grosse Transportwege gibt. Gute Bedingungen? Dies ruft nun eindeutig und endlich nach einer Renovation der ehemaligen Schutzanlage an der Neuhauserstrasse. Zum Glück ist gemäss der Botschaft nicht eine Vergoldung der Anlage vorgesehen. So wird es auch weiterhin möglich sein, diese günstig anzubieten. Uns ist es aber ein wichtiges Anliegen, dass die mindestens in der GPK gehörten und von Kollege Kurt F. Sieber deshalb auch erwähnten Preise erhöht werden, auch wenn es nicht in der Botschaft steht. Wir müssen nicht einen stadtinternen Wettkampf für die günstigste Gruppenunterkunft veranstalten. Entsprechend also auch die Folgerung, Umbaukosten sollen in einem rechten Mass auf künftige Nutzer umgelegt werden, und die zentrale Lage und künftig bessere Qualität muss in der Preisfestlegung unbedingt berücksichtigt werden. Ein Quervergleich aller entsprechenden Unterkünfte in Frauenfeld ist wichtig, inklusive der Herberge an der Festhüttenstrasse. Mit dem höheren



Preis wollen wir natürlich in keiner Art und Weise verhindern, dass die Anlage genutzt wird. Vergessen wir aber auch nicht, dass der Stadtrat wie in der Botschaft, festgehalten ist, Vergünstigungen, ja sogar die kostenlose Benützung bewilligen darf.

Die Nennung des Zinssatzes für die Zinskosten ist nötig, aber die Höhe ist im heutigen Umfeld für ein sinnvolles Ergebnis schwierig. Ob 2.5 % oder 3 % oder 4 % - im Ergebnis stimmen die Zahlen in der Botschaft unseres Erachtens genügend. Wenn wir 4 % einsetzen, ergeben sich im ersten Jahr 8'800 Franken statt 5'500 Franken, aber jeder von uns weiss, dass die Stadt derzeit für Geld, das sie ausleiht, eher Zinseinnahmen als grosse Kosten hat. Auch gegen die 8'800 Franken im ersten Jahr hätte sich aufgrund des guten Projekts sicher niemand gewehrt. Die für den Durchschnitt gesetzten 2.5 % dürften unseres Erachtens aber auch korrekter sein als höhere, vielleicht sogar immer noch zu hoch. Klar, die durch die Stadt zu zahlenden Zinsen könnten in einigen Jahren oder Jahrzehnten wieder bei 5 % pro Jahr sein, denken wir aber auch daran, bis dann ist ein grosser Teil der heutigen Schuld abgeschrieben. Und schon bei einem halben Betrag sind die Zinskosten auch mit 5 % gerechnet analog den heutigen 2.5 % auf dem ganzen Betrag. Gerne hoffen wir, dass die Rechnung dank erstens günstigen Konditionen, zweitens einer guten Administration und drittens vieler Aktivitäten in Frauenfeld sogar aufgeht. Freuen wir uns nicht alle, wenn bspw. Sporttalente nach Frauenfeld kommen? Auch ein Defizit darf unseres Erachtens problemlos in Kauf genommen werden. Als kleine Wertschätzung gegenüber der tollen Arbeit von vielen Vereinen und Institutionen. Im Namen unserer Fraktion CVP/EVP bitte ich um Zustimmung zum Antrag. Wir sind einstimmig dieser Meinung.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Vielen Dank für die positive Aufnahme der Botschaft und für Ihre Unterstützung. Der Stadtrat teilt Ihre Ansicht, dass wir damit einen guten Beitrag zur Attraktivität von Frauenfeld für auswärtige Gruppen, die bei uns Unterkunft suchen, leisten können. Es sind einige Fragen oder kritische Anmerkungen gefallen, auf die ich gern ganz kurz eingehen möchte.

Die erste Frage von Gemeinderat Elio Bohner betraf das Behindertengleichstellungsgesetz und die Beteiligung des Kantons. Es ist so, dass die öffentliche Nutzung und die zivile Nutzung für die 84 Plätze diese Abklärung bezüglich Behindertengleichstellungsgesetz notwendig gemacht haben. Die Schutzbaute an sich ist meines Wissens nicht dem BehiG einfach so zu unterstellen, nicht mit diesen Anpassungen. Ich werde dies aber noch abklären und Ihnen im Anschluss an die Sitzung zu einem späteren Zeitpunkt Rückmeldung geben können.

Der zweite Kritikpunkt wurde bereits von Christoph Regli auch aufgenommen, die Frage des Zinssatzes von 2.5 %, den wir verwendet haben. Dieser Zinssatz ist ja auf 33 Jahre hinaus gerechnet, es ist der durchschnittliche Zinssatz. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt zehnjährige Kredite zu einem Zinssatz von 0.22 % abschliessen, da die Stadt eine sehr gute Bonität aufweist, die restlichen 23 Jahre kämen wir dann vielleicht auf einen Zinssatz von möglicherweise 3-4 %, das wäre aber dann durchschnittlich immer noch im Range dieser 2.5 %. Deshalb nehmen wir Ihren Hinweis zur Kenntnis und werden das immer kritisch prüfen, wenn wir solche Berechnungen machen, aber auch die Berechnungen aufgrund des aktuellen und in mittlerer Zukunft absehbaren Zinsniveaus machen.

Was die Erhöhung der Preise betrifft, so nehme ich die unterschiedlichen Positionen gern zur Kenntnis. Es sei an dieser Stelle vielleicht noch angeführt, dass es sich bei den Zimmern, die im Kurzdorf zur Verfügung stehen, um Sechszimmer mit Duvets handelt und dass der Aufenthaltsbereich Tageslicht aufweist. Also es gibt da schon noch einen Unterschied zur Übernachtungsmöglichkeit Neuhauserstrasse, wo es Massenschläge sind ohne Duvets und ohne Tages-

licht. Deshalb wird es wohl eine Preiserhöhung geben, aber nicht in dem Ausmass, dass wir auf das Niveau Kurzdorf kommen. Da werden wir schauen, dass es sinnvoll und im Gesamtvergleich, wie Sie ja auch gesagt haben, guten Bereich zu liegen kommt, ohne dass wir uns gegenüber Vereinen, die knappe finanzielle Mittel haben, den Spielraum nehmen lassen, um allenfalls dort bedarfsweise oder situativ noch günstiger zu fahren. In diesem Sinn danke ich Ihnen vielmals für die Unterstützung und freue mich auf die Einweihung, wenn wir das dann einmal haben. Wir können ja dann vielleicht eine Übernachtung miteinander organisieren.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):** Dieser Entscheid unterliegt dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 24. Oktober 2019 und endet am 9. Dezember 2019.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 13. November 2019 um 18 Uhr statt. Eine kurze Anmerkung: Wer denkt, ich hätte vergessen, den Umtrunk nach dem Gemeinderat zu erwähnen, Michael Lerch wird darauf zugunsten der Einladung von Anders Stokholm verzichten.

Mein Dank geht an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck, an Aurelia Brenner und das Team der Stadtkanzlei für die tolle Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen guten Rest der Woche.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:30 Uhr

\* \* \*